Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jede Woche „Haus Hof Garten", jeden Freitag ferd. ill. Wihblatt „U.K.". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reichen, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatlich 15.— M. einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatl. f. das Inland 25.— M. u. Ausland 28.— M. Im Falle höh. Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unt. Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin u. Vororten abonn. man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusal. Straße 46—49 u. den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr. Amt Zentrum 10131—10144, für den Fernverkehr 14207—14209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 80 % Zuschlag, Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen ohne Zuschlag. Nachrufe nach üblichem Tarif. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 108; Potsd. Str. 38; Zimmerstr. 50; Königgrätzer Straße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpen. Str. 67/68; Nathen. Str. 8; Turmstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/8; Greifsw. Str. 197; Jannstr. 1; Wilhelmstr. 130; Bahnhr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Rixdorf, Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Potsdam: Brunowstr. 1; Henriettenplatz; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 20/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H. d.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Dückerstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 3.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 97 * Ausgabe A Nr. 49
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 97

Sonntag, 27. Februar 1921
50. Jahrgang

Vor der Konferenz von London.

Die Stimmung in Paris.

Der langsame Fortgang der Orientbesprechungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 26. Februar.

Die Meldung, daß die Marschälle Foch und Wilson durch dringende Telegramme nach England berufen sind, um den Sonntag mit Lloyd George und Briand zusammen auf dem Landgut Chequers zu verbringen, wird von der französischen Presse mit Jubel begrüßt. Es ist nach der Auffassung der öffentlichen Meinung Frankreichs nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Frage der Sanktionen im französischen Sinne entschieden werden soll. Der „Petit Parisien", der über die Pläne der Regierung meistens gut unterrichtet ist, schreibt: „Bisher bestand in den offiziellen Kreisen die Tendenz, lieber wirtschaftliche als militärische Zwangsbestimmungen zu unternehmen. Wir glauben, sagen zu dürfen, daß ein Vorschlag in diesem Sinne von Frankreich abgelehnt würde, es kann auch nicht davon die Rede sein, in der nächsten Woche noch einmal von der Entwaffnung zu reden. Wir würden uns mit aller Energie dafür einsetzen, daß zuerst über die Wiedergutmachung gesprochen wird. Die Frage der Entwaffnung ist für Frankreich entschieden, sie kann nicht mehr zur Diskussion gestellt werden." Diese letzte Bemerkung gilt der Teilnahme des Generals v. Seeckt an der Londoner Konferenz, aus der auf die Absicht der deutschen Regierung geschlossen wird, noch einmal über die Entwaffnung zu verhandeln. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Herr v. Seeckt für Lloyd George der „schwarze Mann" sei. Zu der Berufung der Marschälle, denen sich auch der General Weygand anschließen wird, bringt Pertinax im „Echo de Paris", der diesmal auffällig mit Lloyd George zufrieden ist, einige bisher unbekannte Einzelheiten. Die drei Sanktionen — Besetzung neuer Gebiete, Verlängerung der Besetzung des Rheinufers, Anwendung des Art. 270 über die wirtschaftliche Ausnutzung des Rheinlandes — sollen, entgegen der bisherigen Annahme, im Protokoll der Pariser Konferenz festgestellt worden sein. Ueber den beabsichtigten Verlauf der Verhandlungen mit den Deutschen schreibt Pertinax, daß zunächst Minister Dr. Simons das Wort gegeben werden wird. Es werde ihm nicht gestattet sein, noch einmal die Debatte über Deutschlands Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch zu eröffnen. Wenn er den Versuch macht, davon zu sprechen, würde Lloyd George ihm antworten. „Alles deutet darauf hin," sagt Pertinax, „daß Deutschland dann noch einmal ernste Worte zu hören bekommen wird. Die technische Diskussion wird von Minister Loucheur geleitet werden. Die französische Regierung wird eine Herabsetzung der Zahlungssumme nur diskutieren, wenn diese Aenderung keine Verringerung ihrer berechtigten Forderungen bedeutet." In gleichem Sinne hat sich auch Briand zu den Vertretern der alliierten Presse ausgesprochen, wenn auch zugegeben werden muß, daß nicht alle Sätze seiner Erklärung jede Diskussion ausschließen. Er sagte auch ausdrücklich, daß Frankreich die deutschen Gegenvorschläge zu hören wünscht, was immerhin voraussetzt, daß er auch Aenderungen für möglich hält, denn wenn das Abkommen von Paris unabänderlich wäre, hätten Gegenvorschläge keinen Sinn. Aber außer diesen Sätzen spricht er andere, die keinen Zweifel lassen: „Wenn Deutschland sagt, es habe kein Geld im Portemonnaie, dann werden wir selbst das Portemonnaie öffnen und nachsehen, was darin ist, und geht es nicht anders, auch mit Gewalt . . .!"

Paris, 26. Februar. (W. T. B.)

Wie der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur aus London meldet, hat Lloyd George schon gestern abend London verlassen. Briand und Berthelot begeben sich heute nachmittag nach Chequers. Eine Vollsitzung der Konferenz sei nicht vor Mittwoch zu erwarten. Ministerpräsident Briand hat gestern nachmittag mit den belgischen Delegierten Jaspar und Theunis über die Reparationsfrage verhandelt; die Unterredung dauerte eine Stunde.

London, 26. Februar.

Es ist nunmehr völlig ausgeschlossen, daß die Konferenz mit den Deutschen am 1. März beginnen kann, wenigstens falls man darauf besteht, daß die Orientkonferenz irgendwelche Ergebnisse zeitigen soll. Die Tatsache, daß die türkische Delegation sein, so daß die Besprechungen am Montag noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Entweder würden daher die Besprechungen mit den Türken und Griechen und die mit den Deutschen gleichzeitig stattfinden müssen, was Schwierigkeiten veranlassen würde, oder die Konferenz mit den Deutschen muß noch einige Tage aufgeschoben werden. Außerdem verlautet, daß Briand Anfang nächster Woche auf einige Tage nach Paris fahren werde.

Die „Times" melden, daß die Deutschen nicht vor Mittwoch in der Konferenz empfangen werden könnten. Da zwischen Mittwoch und dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens von Hardings Antrittsrede bei Uebernahme der Präsidentschaft noch zwei oder drei Tage liegen, scheine es nicht ausgeschlossen, daß man den Aufschub noch um einige Tage verlängern und bis Ende nächster Woche warten werde, bis man genau wisse, wie sich der neue Präsident der Vereinigten Staaten zu den deutschen Entschädigungsforderungen und zu der Frage der Annullierung der europäischen Schulden an Amerika stellt.

Eine englische Berechnung über die deutsche Zahlungsfähigkeit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 26. Februar.

„Daily News" veröffentlichen unter dem Titel „Was können wir von Deutschland bekommen? eine Berechnung, nach der Deutschland imstande sein soll, in den nächsten zwanzig Jahren eine Gesamtsumme von einer Milliarde 725 tausend Pfund zu Wiedergutmachungszwecken zu zahlen. Diese Berechnung ist von dem offiziellen Nachrichtendienst der liberalen Partei aufgestellt und folgt offensichtlich demselben Gedankengang, den Lloyd George in seiner letzten Unterhausrede über die Wiedergutmachung ausdrückte, indem er sagte, daß es auf die Höhe des Ueberschusses der deutschen Exporte gegen die Importe ankomme. Die Berechnung verweist darauf, daß man versuchen müsse, auf den Kern des Problems einzugehen. Deutschland könne zahlen, aber nicht gerade in diesem Augenblick. Die Hauptsache sei daß der jährliche Betrag der deutschen Zahlung nicht höher sein könne als der Mehrwert der Ausfuhr über die Einfuhr. Die Frage sei, in welcher Weise Deutschland diesen Ueberschuß vor dem Kriege verwandt habe. Es habe ihn meistens zu Kapitalsanlagen in fremden Ländern benutzt. Anstatt, wie bisher, den fremden Ländern diese Beträge zu leihen, müsse Deutschland sich jetzt dazu entschließen, im Wege der Wiedergutmachung zu zahlen. Man müsse nun zweierlei ins Auge fassen: erstens seien Importe, gleichgültig welcher Art, niemals schädlich, wenn sie einer natürlichen Nachfrage entsprächen. Lasse man den internationalen Handel ungestört seine Wege gehen, so werde eine natürliche Begrenzung der Importe auf das Nützliche erfolgen. Die deutschen Importe würden England dann nützen, wie sie es früher getan hätten, vorausgesetzt, sie erfolgten auf dem natürlichen Wege des Handels. Wenn man diese Güter früher gegen Kapital habe beziehen können, könne man sie auch zur Abzahlung einer Schuld beziehen.

Natürlich würden diese Abzahlungen eine harte Last für Deutschland bedeuten. Die deutsche Regierung müsse im Ausland deutsche Guthaben aufkaufen bis zu einer Höhe, die dem vermutlichen Ueberschuß des deutschen Exports über die deutschen Importe entspräche. Diese Guthaben müßte die deutsche Regierung von deren deutschen Inhabern kaufen und das Geld sich durch Besteuerung der Deutschen, besonders durch indirekte Steuern verschaffen. Jeder Deutsche werde sich an die Wiedergutmachung immer wieder erinnern, wenn er seine Steuern und Abgaben zahle. Die Darstellung tritt dann in eine Erörterung darüber ein, wie hoch dieser Ueberschuß sein werde. Nach Professor Arndt habe Deutschland 1908 75 Millionen Pfund Zinsen von ausländischen Kapitalsanlagen bezogen. Das deutsche Kapital im Ausland betrug eine Milliarde 250 Millionen Pfund, die jährliche Zunahme, ebenfalls nach Professor Arndt, betrug ungefähr 45 Millionen Pfund. Die Gegenprobe zeige, daß nach Abzug aller Kosten der Mehrwert der Exporte über die Importe im Jahre 1919 ungefähr 40 Millionen Pfund betrug. Das entspreche ungefähr der Ziffer, die Arndt als jährliche Kapitalsanlage im Ausland abgab. Sie stieg auf 50 Millionen Pfund im Jahre 1914. Diese Summe müsse man also als den Betrag der deutschen Zahlungsfähigkeit ansehen, nach heutigem Geldwert entspreche sie also einer Summe von hundert Millionen Pfund im Jahr. Der Bericht gibt zu, daß Deutschland nur langsam wieder auf diese Höhe kommen könne, und das sei auch durchaus im Interesse der Länder, die die Wiedergutmachungsleistungen aufzunehmen hätten. Nehme man nun also an, daß diese Summe von 50 Millionen die erste Wiedergutmachungsrate darstelle und sich weiter jährlich um 5 Millionen Pfund erhöhe und dann, nachdem sie hundert Millionen erreicht hat, weitere zehn Jahre auf dieser Höhe bleibe, dann könne Deutschland im ganzen eine Milliarde 725 Tausend Pfund Wiedergutmachung zahlen ohne jede Störung des Gleichgewichts des Welthandels. Ob es möglich sei, das deutsche Volk zwanzig Jahre lang unter diesem Druck der Tributpflicht zu halten, sei eine andere Frage.

In diesem Vorschlag fällt natürlich auf, daß die Wiedergutmachungspflicht auf 20 Jahre beschränkt ist. Im übrigen beweist diese ganze Berlautbarung, daß in England gewisse Hoffnungen auf eine vernünftige Regelung immer noch bestehen. In der Einleitung findet sich die Bemerkung, daß der englische Handelsminister Sir Robert Horne die Abzahlung in deutschen Warenlieferungen nur mit Halbfabrikaten zulassen will.

Zur Homogenität der Regierungen.

Von [Nachdruck verboten.]

Staatsminister Osser.

Bevor noch die in der preußischen Landtagswahl abgegebenen Stimmen ausgezählt waren, erschien bereits eine Flut von Nachrichten über die Regierungsbildung in Preußen; geschäftige Finger bemühten sich, eine ihren Eigentümern genehme Besetzung des neuen Ministeriums zusammenzukneten und die öffentliche Aufmerksamkeit möglichst geräuschvoll auf diese ihre „staatsmännische" Tätigkeit zu lenken. Gewiß nicht glücklich, wurde dabei dem Reiche eine Initiative zugeschoben, die sich zuletzt sogar bis auf die Verringerung der Zahl der preußischen Ministerien erstreckte. Der geduldige Zeitungsleser, der dieses Sturzbad wirrer Ansichten und Nachrichten über sich ergehen lassen mußte, konnte glauben, daß durch die neuen Verfassungen ein Vorgesetztenverhältnis des Reiches über Preußen hergestellt sei und die preußischen Landtagsfraktionen das „Diktat von Berlin" in Geduld abzuwarten hätten. So verhält es sich aber durchaus nicht!

Es erscheint nicht überflüssig, diese Dinge wieder etwas gerade zu rücken. Die preußische Regierungsbildung ist zunächst und in erster Linie eine preußische Angelegenheit. Die preußische Verfassung enthält darüber genaue Vorschriften. Die von allen Beteiligten um so peinlicher beachtet werden müssen, als die diesmalige Regierungsbildung als erste seit Erlaß der Verfassung präjudizierlich für alle Zukunft werden kann. Der neue Landtag hat lediglich den Ministerpräsidenten zu wählen, und dieser setzt sich sodann sein Ministerium zusammen. Es ist danach die Kabinettsbildung im einzelnen nicht in die Hand der Fraktionen, sondern in jene des neuen Ministerpräsidenten gelegt, dem mit voller Absicht ein erhöhter Einfluß hierbei eingeräumt worden ist. Es soll vermieden werden, daß durch Zufallsabstimmungen in den Fraktionen ein innerlich nicht homogenes Kabinett entsteht, und der Ministerpräsident soll sich auch die Köpfe wählen können, in deren Fähigkeiten er in Hinblick auf die jeweils vorliegenden Aufgaben das größte Vertrauen setzt. Dieser in der Verfassung niedergelegte Grundgedanke, auf dessen große Bedeutung kaum näher eingegangen zu werden braucht, muß insbesondere von den Parteien mit Respekt behandelt werden, die eben erst ihn beschlossen haben. Er schließt natürlich die Mitwirkung der Fraktionen nicht aus, aber er begrenzt sie. Die Fraktionen haben zu entscheiden, welche parteipolitische Zusammensetzung die neue Regierung haben soll, sie werden sich über den ziffernmäßigen Anteil jeder Partei zu verständigen haben, sie werden gewiß auch Wünsche über die Besetzung der Ministerposten selbst vertreten, sie müssen indessen das dem Ministerpräsidenten durch die Verfassung eingeräumte letzte Entscheidungsrecht anerkennen. Und je bereitwilliger sie es tun, je sachlich wertvoller wird es sich erweisen.

Nun spielt in den Auseinandersetzungen über die Regierungsbildung die sogenannte Homogenität zwischen dem Reiche und Preußen eine besonders große Rolle. Es ist die Umkehrung des früheren Verhältnisses. Solange Preußen die Vormacht im Reiche darstellte, beeinflußte seine Regierung jene des Reiches schon dadurch, daß sie die Verwaltung führte und die Gesetze vorbereitete. Nunmehr hat Preußen die Vormachtstellung verloren, es ist ein „Land" gleich den anderen Ländern und als solches im Reichsrat stimmberechtigt gleich diesen. Es hat von seiner Machtstellung vieles dahingegeben, es mit Bewußtsein im Interesse des Reiches geopfert. Wenn jetzt öfters die Rede geht über „Unstimmigkeiten" zwischen dem Reiche und Preußen, so vergißt man dabei — und auch Vertreter der Reichspolitik vergessen es —, mit welcher Großzügigkeit Preußen bestrebt gewesen ist, dem Reiche nach dem Zusammenbruch neuen festen Halt zu geben, um dadurch Deutschland zu sichern. Vielfach hat Preußen die entgegenstehenden Hemmnisse beseitigt. Die Ueberführung der Eisenbahnen und Wasserstraßen in den Besitz des Reiches wäre beispielsweise ohne die sachliche und persönliche Mitwirkung Preußens schwerlich vollzogen worden, ebenso hat es die Finanz- und Zollverwaltung dem Reiche zugebracht, und wenn es dabei aus seiner intimeren Kenntnis verwaltungstechnischer Schwierigkeiten vor allzu stürmischem Vorgehen warnen mußte, so hat ihm der weitere Verlauf gewiß nicht unrecht gegeben. Das sind geschichtliche Tatsachen von einer Größe, der gegenüber kleinliche Kritik einfach verstummen müßte.

Dabei braucht das zeitweilige Auftauchen von Meinungsverschiedenheiten keineswegs geleugnet zu werden, wenn ich auch öfters den Eindruck habe, als würden diese in einer gewissen Tendenz überschätzt; denn solche Meinungsunterschiede bestehen ebenso zwischen dem Reiche und anderen Ländern, sie sind dort zuweilen heftiger als mit Preußen. Beispiele dafür würden gerade jetzt naheliegen! Nach meiner Meinung lassen sich derartige Unterschiede in der Auffassung durch keinerlei Maßnahmen völlig ausschalten, weil sie ihre reale Begründung aus der Verschiedenheit der zu vertretenden Interessen herleiten. Sie tauchten ebenso auf, als Preußen und das Reich die gewünschte „homogene" Regierung hatten, wurden allerdings damals in der Regel in gemeinsamen Kabinettssitzungen ausgeglichen. Und es liegt kein sachlicher Grund vor, dasselbe Ausgleichsmittel jetzt etwa nicht mehr